

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Verlag und Anzeigenverwaltung: Geschäftszeit 9-4 Uhr

Braun rechnet ab!

Der preussische Ministerpräsident ergreift die Offensive.

Im Preussischen Landtag ergriff am Mittwoch in der Fortführung der großen politischen Aussprache als erster Redner

Ministerpräsident Braun

das Wort. Er rechnete zunächst mit den Demagogen vom Schloß des Herrn Labendorff von der Wirtschaftspartei und mit den Verleumdern vom Schloß des Herrn Wulle ab.

Herr Labendorff — so führte der Ministerpräsident aus — hat gestern hier die Politik der Großen Koalition herunterzureißen versucht. Er behauptete die Richtigkeit, zu erklären, erst unter dem bestimmenden Einfluß der Sozialdemokratie seien in Preußen Kapitalismus und Korruption hodgekommen.

Und wie sieht es mit der Erklärung der Inflation und Korruptionsercheinungen? Ist etwa die Inflation auf den bestimmenden Einfluß der Sozialdemokratie zurückzuführen?

Der Abg. Labendorff sprach dann ferner vom Bankrott der Großen Koalition und viel und lang über die Zwangswirtschaft, die er eine Quelle der Korruption nannte.

Herr Labendorff sprach dann von der Verschleuderung deutschen Eigentums an Ausländer. Ist etwa der bestimmende Einfluß der Sozialdemokratie daran schuld, wenn so mancher biedere Deutsche sein Grundstück an fremde Schieber verkaufte?

alle diese Streitfragen Fragen der Reichspolitik und ruhen auf der Reichsgeschgebung; auf diese aber hat die Sozialdemokratie noch viel weniger Einfluß als hier in Preußen.

Nun ein Wort über die Rede des Herrn Wulle. Diese Rede stand auf einem so tiefen Niveau und war so weit von aller Sachlichkeit entfernt, daß es sich wirklich nicht lohnt, sich mit ihr auseinanderzusetzen.

nichts anderes als der Exzess einer antisemitischen Wahrede. (Värm rechts. — Beifall links.) Herr Wulle sprach so viel von den Ostjuden, die infolge des angeblich überaus großen Einflusses der Sozialdemokratie massenhaft nach Preußen hereingekommen seien.

Die Sozialdemokraten — so erklärte mit Entzuse Herr Wulle — sollen das alle Preußen zerfressen haben. Ach nein, wenn etwas zerfressen wurde, dann war es höchstens

aber nicht Preußen selber. Was die Herren auf der Rechten unter dem „alten Preußen“ verstehen, das hat kein geringeres als Philipp Eulenburg geschrieben. (Der Ministerpräsident versteht nun einige Anekdote aus den Erinnerungen Philipps Eulenburgs, die von der Rechten mit einem förmlichen Wutgeschrei aufgenommen werden.)

Diese erbärmlichen Zustände, wie sie Eulenburg geschildert hat, diese Anarchie und Strebererei, wie sie im alten Regime üblich war, diese schmutzige Krüppelwirtschaft, das ist es, was so mancher auf der Rechten wieder zurücksehnt. (Beifall links.)

Und in diesem Kampf um die Wiederherstellung der alten verrotteten Zustände schreien die Demagogen auf der Rechten vor keiner Verleumdung zurück. In der Verleumdung haben diese Herrschaften ja von jeher schon einige Übung. Ich brauche ja nur an die vernichtenden Worte über die verleumderische Junge der deutschnationalen Inflationisten „Kreuzzeitung“ zu erinnern.

Unter andauernden stürmischen Zwischenrufen der Rechten, die die Ausführungen des Ministerpräsidenten förmlich auf der Tribüne unverständlich machen, weist der Redner dann auf die

Bankkassendiebstahl unter der Hohen-Osterraustraße hin, so auf den Bonmerbank-Scandal, bei dem zahlreiche Erbsenzen vernichtet worden sind. Er hält den lebenden Nationalisten auch sein treuherziges Bankier Bruch vor, der das Vertrauen seiner Kunden so schändlich mißbraucht hat.

der Ministerpräsident: Die Zeit der Inflation und die darauffolgende Kreditnot haben Erscheinungen gezeigt, die im Interesse der wirtschaftlichen Gesundung unseres Landes mit aller Schärfe bekämpft werden müssen.

Die preussische Staatsregierung begnügt sich nicht mit einer bloßen Billigung ihrer Erklärungen. Der deutschnationale Redner hat eine wissenschaftliche Klärung der angeblichen Frage verlangt, wie der Artikel der preussischen Verfassung, um den es sich hier handelt, auszulegen sei.

Ihr Ziel ist, unter allen Umständen eine sozialistenfreie Regierung zu schaffen.

(Zustimmung rechts.) Sie wollen die Sozialdemokratie in Preußen und im Reich nicht nur aus der Regierung, sondern auch aus der Verwaltung entfernen, um wieder eine solche Verwaltung zu haben, wie sie unter der Monarchie bestand.

das Ziel aber ist das gleiche: Wie in der Zeit vor dem Umsturz den großen sozialdemokratischen Volksteil aus Regierung und Verwaltung auszuschalten.

Der Deutschen Volkspartei, die mit einer Selbstlosigkeit, wie man sie in der Politik selten findet für die Verwirklichung des Ziels der Deutschnationalen eintritt, halte ich die Worte ihres Führers Stresemann vor, der vor noch nicht langer Zeit erklärt hat, wenn man die Volksgemeinschaft wolle, könne man unmöglich an dem sozialdemokratischen Volksteil vorbeigehen und auch eine bürgerliche Mehrheit würde unstatmännlich handeln, wenn sie das täte.

die große Koalition in einem Augenblick aufzulösen, wo die sozialdemokratischen Arbeiter Schuster an Schuster mit den übrigen Volksgenossen im nationalen Abwehrkampf stehen, das würde in diesem Augenblick der Gefahr geradezu an Landesverrat grenzen.

Jetzt aber, wo Sie glauben, diese Gefahr für unser Land sei vorüber, jetzt wollen Sie den großen sozialdemokratischen Volksteil zurückstoßen. Für meine Partei brauchte ich das nicht zu bedauern. Verlassen Sie sich darauf: die Sozialdemokratische Partei würde, wenn sie wieder auf der ganzen Linie in die Opposition gedrängt wird, in dieser Rolle besser gedeihen, als in den Jahren, wo sie selbstlos die Verantwortung für die Regierungsgeschäfte übernommen hat.

Bei Schluß des Büllets spricht der Abg. Stendel (D. Sp.), der behauptet, die heutige Rede des Ministerpräsidenten habe gezeigt, daß er sich gar nicht als Ministerpräsident, sondern nur als sozialdemokratischer Angeordneter fühle.

Im weiteren Verlauf der Sitzung dürfte auch der Innenminister, der Genosse Seegering, noch das Wort ergreifen.

Wie die Börse reagiert.

„Außerordentlich zurückhaltend.“

Die heutige Börse eröffnete außerordentlich zurückhaltend. Es machen sich bereits die Blausstellungen zu Ultimo bemerkbar. Die Abstimmungen der einzelnen Fraktionen zu der programmatischen Kabinettsklärung können nicht stimulierend auf die Stimmung einwirken, da man von seiten der linken Parteien verstärkte Opposition erwartet.

„Schwankender Grund.“

Der Eindruck der gestrigen Debatte.

„Um Gottes Willen, das kann gut werden, sagen sich die Bedächtigen.“ so charakterisiert der Hugenberg-„Tag“ in seinem Stimmungsbild den Eindruck der gestrigen Debatte.

In den anderen Lagern hat man schon eher Verständnis für die Schwierigkeit der Situation, in der sich eine Regierung befindet, die am ersten Tage bereits solche Stöße erhält.

„Graf Westarp, des Deutschnationalen, Rede brachte ein recht Erhebliches an Vorbehalten und Bedenken; eine sehr deutliche Unterstreichung des Vorläufigen und Notgedrungenen, das die jetzige Lösung für seine Partei habe.

Sie war der beste Beweis dafür, wie sehr innerhalb des Zentrums noch der linke Flügel die Oberhand hat. Dieses Kompromiß zwischen denen, die so lagen wollten mit einigen Bedingungen und Vorbehalten, und denen, die unbedingt Nein sagen wollten, ist so aufgefallen, daß der Unbelang, der die Erklärung ohne Kenntnis der Zusammenhänge mitangehört hätte, unbedingt den Eindruck hätte gewinnen müssen, sie werde mit einem Verlagen des Vertrauens enden.

Auch die übrigen Blätter der Rechten fühlen offenbar deutlich, daß noch nicht aller Tage Abend ist. Die „Deutsche Tageszeitung“ jammert darüber, daß die Sozialdemokraten gestern „bedauerlicherweise bei einem Abgeordneten der Rechten Erfolg hatten, indem sie ihn aus Vortragslosten“.

„Ob dennoch bei Herrn Behrenbach der Ton, in dem er die Erklärung vorlas, so zu wirken brauchte, als ob er aus dem Grabe heraufkäme, darüber kann man wohl im Zweifel sein.“

Schärfer ist die „Deutsche Zeitung“: „Graf Westarp erklärte gestern im Reichstage, er und seine Freunde würden der neuen Regierung die Billigung aussprechen, sobald wieder ihre Zusammenfassung nach ihr Programm gelangt sei.“

„Graf Westarp erklärte gestern im Reichstage, er und seine Freunde würden der neuen Regierung die Billigung aussprechen, sobald wieder ihre Zusammenfassung nach ihr Programm gelangt sei.“

Offen wird ausgesprochen, daß die „Rolle“ des Luther-Kabinetts nach Zentrumsauffassung keine „auf die Dauer berechnete Regierung“ darstellt. Es ist schwankender Grund, auf dem das Kabinett Luther ruht.

Allerdings, es ist schwankender Grund, auf dem die Regierung Luther steht. Das Urteil des Auslandes ist vernichtend, und im Inland steht das Barometer ganz gewiß nicht auf gut Wetter. Die demokratische Presse sieht mit Recht den Schlüssel zur Situation in der Hand des Zentrums. Sie unterstreicht noch mehr als die Rechtspresse den kühnen und zurückhaltenden Charakter der Fehrenden Erklärung, die dazu noch vor den Zwischenfällen der gestrigen Sitzung abgefaßt war. Wenn man schon auf so schwankendem Grunde steht, wird das Hantieren mit der Balancierstange für die Herren Luther und Schiele nicht ganz leicht werden.

Den Kommunisten gibt die beste Antwort auf ihr gestriges Auftreten der „Deutschnationale Lokal-Anzeiger“. Er ist über die Rede Ruth Fischers in höchstem Maße befriedigt:

„Was sie vorbrachte, Moskowitzer Rezept natürlich, war interessant, weil es wie ein Barometer anzeigt, wie hoch die nationale Welle in Deutschland gestiegen ist. Die Verarbeitung der Sozialdemokratie ob ihres Pazifismus, der nicht mehr Rede ist, den man nicht mehr trägt, war glänzend. Ihre Ausführungen über das Schicksal Deutschlands als Industriekolonie des amerikanischen Kapitals war, wenn auch übertrieben, in den Grundzügen unferrenbar richtig. Und unverkennbar richtig ist auch, daß in einem Deutschland der Dames-Pläne keine Erhöhung der Lebenshaltung möglich ist, wie sie die Sozialdemokraten, ohne jede Rücksicht auf den Rahmen des wirtschaftlich Möglichen, großspurig verlangen — unter der heuchlerischen wohlwollenden derselben Kommunisten, die die Unmöglichkeit ihrer Erreichung zum Untergrund ihrer Beweisführung machen.“

„In der Tat, diese Argumentation gegen den Wirtschaftskampf der Arbeitermassen werden sich die Unternehmener nicht entgehen lassen. Eine bessere Kronzeugin als die Führerin der Kommunisten können sie sich nicht wünschen. Immer und überall marschiert die KPD. mit den Nationalisten.“

Die Regierung Westarp.

Das Echo aus England.

London, 21. Januar. (W.B.) Zur Erklärung der neuen Reichsregierung schreiben „Times“ in ihrem Leitartikel, die Rede des Reichstanzlers könnte in Europa ein beträchtliches Maß von Sympathie auslösen, wenn sie allein stünde, und wenn nicht Graf Westarp die wirtlichen Ziele der Deutschnationalen unverhüllt zum Ausdruck gebracht hätte. Vielleicht würden die Deutschnationalen davon Abstand nehmen, nach diesen Erklärungen zu handeln, aber Westarps Worte bildeten doch einen recht störenden Kommentar zu der Rede Dr. Luthers. Zu dem Passus der Reichstanzlerrede über die Entwaffnungsfrage schreiben „Times“, die Haltung Dr. Luthers sei vielleicht im Hinblick auf die Zusammensetzung der Mehrheit unermesslich, aber sie sei doch bedauerlich, wenn man berücksichtigt, daß die Alliierten die Angelegenheit sehr ernst beurteilten. Dr. Luther werde zweifellos die gewünschten Einzelheiten über die Deutschland zur Last gelegten Verstöße erhalten, aber der Ton, in dem er auf diesen Streitpunkt Bezug nehme, bilde kein gutes Vorzeichen für die Verhandlungen über die baldige Räumung, die er zu unternehmen beabsichtige. Der Reichstanzler habe selbst zugeben müssen, daß bei der Zusammenarbeit mit den Fremden, auf Grund des Dames-Planes ernannten Kommissionen keine Schwierigkeiten und Reibungen entstanden seien. Hätte er nicht öffentlich anerkennen können, daß diese Tatsache einen Beweis des ehrlichen und guten Willens bilde, den die Alliierten Deutschland gegenüber anzuwenden bereit seien, wenn sich Deutschland bereit erkläre, ihnen gegenüber die gleichen Eigenschaften zu zeigen? Das Blatt wendet sich in diesem Zusammenhang gegen das Verlangen

Deutschlands nach einer „bevorzugten Stellung im Völkerbund“ und schreibt, vorläufig sei es noch zu früh, sich eine Meinung darüber zu bilden, ob die Deutschnationalen sich von dem Einfluß ihrer in der Zeit ihrer Oppositionstellung erworbenen Gewohnheiten losmachen könnten, oder ob sie dem Kabinett beigetreten seien, um den Dames-Plan zu sabotieren und die Monarchie wiederherzustellen. Die Rede Westarps könne in dem einen wie in dem anderen Sinne ausgelegt werden. Auf jeden Fall seien die deutschnationalen Minister stark genug, um in dem Kabinett Luther den Ton anzugeben.

Italienische Stimmen.

Rom, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) „Giornale d'Italia“ und „Tribuna“ bringen lange Artikel ihrer Berliner Korrespondenten, deren Urteil über das Kabinett Luther vernichtend ist. „Giornale d'Italia“ schreibt, das Luther-Kabinett verne sich ein Sozialkabinett. Das sei eine Komödie, denn keine Mitglieder seien politisch belastet. Luther habe ausgesprochene Rechtsympathien und pünktlich Stresemanns Plan ausgeführt. Der Bürgerkrieg ist mit Rechtsorientierung geschaffen, ein Nationalist ist Innenminister, und das Wirtschaftsministerium wird von einem Manne geleitet, der der Republik den Eid nicht leisten wollte. Das Kabinett ist eine Vertretung der Agrarier und Schwerindustriellen. Was haben zehn Millionen Arbeiter dazu zu sagen? Das Blatt faßt sein Urteil zusammen: diesem Kabinett könne man nur eine trübe, kurze Dauer voraussetzen.

Die „Tribuna“ führt aus: Das Kabinett wird nicht lange leben. Es neigt sich zur Monarchie und ähnelt dem unglücklichen Cuno-Kabinett. Stresemann ist Schuld an dem Eintritt der Nationalisten, die lediglich reaktionäre Monarchisten sind. Stresemann verhinderte die Weimarer Koalition, die Deutschland einst aus der Revolution vor dem Bolschewismus rettete. Der wahre Kanzler des Kabinetts ist Stresemann, dessen monarchistische Denkwelt vorherrscht wird. Seitdem sich das Mandat der Rechten zeigt, hat sich die Einheitsfront der Verbündeten verstärkt, sie haben die Befehle Kölns aufricht erhalten. Dem Kabinett Luther gegenüber ist eine weitere Verstärkung der alliierten Front selbstverständlich. Ein Ministerium Stresemann als Ministerium der Großen Koalition würde von den Alliierten gebildet, Stresemann mit den Nationalisten kann nur gefährdet und bekämpft werden und die Verbündeten zusammenführen. In der Nacht seien jetzt die Industriemagnaten und Junker, was sich auch wirtschaftlich bei den Schulzöllen zeigen wird. Die geheimen nationalistischen Organisationen werden das Rechtskabinett kennzeichnen, dessen Stresemann-Devise lautet: „Mit Gott für Kaiser!“ Das Cuno-Kabinett brachte Deutschland an den Rand des Abgrundes, das neue Kabinett gräbt vielleicht der Republik das Grab und einen tiefen Abgrund zwischen den Verbündeten und Deutschland.

Freigabe der Hitler-Aktion.

Noch in dieser Woche.

München, 21. Januar. (W.B.) Nach Blättermeldungen soll das Verbot der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, das in anderen deutschen Ländern schon seit längerer Zeit nicht mehr besteht, auch in Bayern aufgehoben werden. Von unrichtiger Seite hören wir, daß mit der Aufhebung des Verbots noch in dieser Woche gerechnet werden kann. Ein Beschluß ist jedoch bisher noch nicht gefaßt.

Massenflucht von Kommunisten.

Die Zerlegung der kommunistischen Partei in Sachsen schreitet täglich fort. Erst kürzlich hat der frühere Landtagsabgeordnete Zipsel sein Mandat niedergelegt, weil er bei den Moskowitzern unten durch war. Jetzt ist die Abgeordnete Frau Schlag ebenfalls aus der kommunistischen Partei ausgetreten. Sie will ihr Mandat vorläufig nicht niederlegen. Auch ein kommunistischer Stadtverordneter in Dresden ist vor wenigen Tagen aus der kommunistischen Fraktion ausgeschieden.

Neuerdings haben in Freital und Rabenau bei Dresden wieder zwei kommunistische Stadtverordnete ihre Mandate niedergelegt, da sie aus der kommunistischen Partei ausgetreten sind. Auch die Erasmänner für die Ausgeschiedenen werden die Mandate kaum annehmen, da sie ebenfalls der Partei schon seit einiger Zeit den Rücken gekehrt haben.

Neuer Prozeß Hermann.

Weimar, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Vor der Großen Strafkammer des Landgerichts Weimar begann am Mittwoch vormittag die Berufungsverhandlung im Prozeß gegen den ehemaligen thüringischen Innenminister Hermann und gegen die Kreisdirektoren Kennert-Reinigen, Hörstelmann-Eigenach und Saulan-Rada und gegen Regierungsassessor Kunze. Sie alle hatten gegen ihre Verurteilung in der ersten Instanz Berufung eingelegt, desgleichen allerdings auch der Staatsanwalt. Aus dem Stand der Verhandlungen am ersten Tage muß man annehmen, daß der ganze Prozeß in allen Einzelheiten eine zweite große Aufregung erleben wird, so daß sich auch die Berufungsverhandlungen über mehrere Tage erstrecken werden. Es handelt sich bekanntlich um den Vorwurf gegen Minister Hermann, er habe Urkundenfälschung dadurch begangen, daß Anstellungsurkunden vordatiert wurden. Damals erfolgte die Verurteilung Hermanns zu einer Geldstrafe von 1000 M., Kunze erhielt eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr 6 Monaten und die Kreisdirektoren Geldstrafen von 500 und 1000 M.

Die Reparationszahlungen.

Bericht des Generalagenten Parker Gilbert.

Paris, 21. Januar. (Eca.) Das „Journal“ gibt mehrere Einzelheiten aus dem Bericht, den gestern nachmittag der Generalagent für die deutschen Reparationszahlungen, Parker Gilbert, der Reparationskommission erstattet hat. Deutschland hat zunächst 1 Milliarde zu bezahlen, und zwar 80 Millionen in Sachleistungen und 200 Millionen bar. Nach dem Bericht hat Deutschland vom 1. September bis 31. Dezember 286 263 447 Goldmark bezahlt. Von dieser Summe stammen 26 539 639 Goldmark aus den Rückstellungen der Frankreich und Belgien aus dem Ruhrgebiet an erhobenen Steuern, Gebühren usw. gestellt haben. An die Alliierten wurden in vier Monaten seit Inkrafttreten des Dames-Planes 280 291 415 Goldmark verteilt, und zwar wie folgt: Frankreich 113 651 569, England 65 326 336, Belgien 21 558 171, Italien 23 523 005, Südtirolen 8 855 700, Rumänien 2 446 781, Portugal 1 495 452, Japan 891 161, Griechenland 269 723 Goldmark. Außerdem hat der Generalagent folgende Zahlungen geleistet: Für Kohlenlieferungen an Belgien und Luxemburg 5 253 495 Goldmark, Ausgaben für die „Repto“ 2 041 095 Goldmark, Ausgaben für die Rheinlandkommission 4 583 333 Goldmark, Militärkontrollkommission 4 666 667, Marinekontrollkommission 70 000, Zinsen der deutschen 500-Millionen-Anleihe 15 532 499 Goldmark, Verwaltungskosten 641 623 Goldmark, an Valutadifferenzen 27 014 Goldmark.

Nach der Pariser „Chicago Tribune“ hat Parker Gilbert erklärt: Deutschland habe an die Alliierten seit Inkrafttreten des Dames-Planes seit Oktober 22 Millionen Goldmark überbezahlt. Er stelle fest, daß der neue Reichstanzler bereit ist, den Dames-Plan durchzuführen. Wenn auch der Generalagent nicht auf politische Fragen einging, hat er doch nicht schreibt „Chicago Tribune“ weiter, zu erwähnen unterlassen, daß die Nichträumung der Kölner Zone die Ausführung des Dames-Planes in Mitleidenschaft zu ziehen drohe, besonders wenn die Alliierten nicht ihre Absichten hinsichtlich der Wiedereinrichtung der Befehle nach Erhalt des Berichts der Kontrollkommission in Berlin kundgaben.

Senatsreform in Frankreich.

Ein sozialistischer Antrag.

Paris, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In der Kammer hat der sozialistische Abg. Bressmann einen Gesetzentwurf eingebracht, der auf eine Reform der Senatswahlen hinstrebt. Die Wahlmänner sollen nicht mehr so willkürlich wie bisher, sondern im Verhältnis zur Bevölkerungszahl gewählt werden, und zwar auf je 1000 Einwohner zwei Delegierte. Eine zweite Vorlage sieht das absolute Vetorecht des Senats einzuschränken. Der Senat soll nach wie vor das Recht haben, Gesetzesänderungen vorzuschlagen und von der Kammer beschlossene Gesetze zu vermerken; die Kammer müsse sich aber alsdann erneut mit dem Gegenstand befassen und ihre dann getroffene Entscheidung müsse dann endgültig sein.

Das hat er davon.

Von Hans Bauer.

Die Aufstellung der Münsterberger Morde, die zu den graulichsten in der ganzen neueren Menschengeschichte zählen dürften, hat nun doch zur Bestrafung eines der Schuldigen geführt. Wer befürchtet hatte, daß der Selbstmord des Mörders Denke der irdischen Gerechtigkeit in dieser Sache zu tun nichts mehr übrig lasse, sieht sich erfreulicherweise getäuscht. Nachdem es der Münsterberger Polizei in früheren Jahren gelungen war, trotz Knochen- und Menschenfingerfunden in Denkes Hause, trotz Mordanfällen Denkes auf zwei Bettler, in herrlicher Selbstüberwindung den Verdacht zu befestigen, daß es damit etwas auf sich habe, war es bekanntlich der Handwerksbursche Olivier, der durch sein tüchtiges Schreiben, als er ermordet werden sollte, die Aufmerksamkeit erneut auf Denke lenkte. Als seine Rufe herbeigelockt hatten, sah er ja wohl ein, daß er eine Dummheit begangen hatte, die ihn, der eben dem einen Feinde entronnen war, einem anderen Feinde ausliefern würde. Er hat flehenlich weiterwandern zu dürfen, unter Umständen zu neuen Denkes, aber nur ja nicht auf die Polizei zur Vernehmung geführt zu werden, mit der er, im Gegensatz zu Denke, Zeit seines Lebens auf gespanntem Fuße gestanden hatte. Man konnte indessen keinem Wunsch nicht willfahren. Und das hat er nun davon, der Handwerksbursche Olivier, daß er der Polizei den Menschenfresser ans Messer lieferte: nicht gerade wegen der Nichtswürdigkeit seiner Denunciation oder wegen der Aufstörung, die sein Hilfsgebrüll verursachte hatte, auch nicht wegen Aufforderung zum Mord war, die in dem Anreiz erblickt werden könnte, den seine Person dem Denke für seinen Mordüberfall bedeutete, aber doch wegen Hausbettelei ist er jetzt in Münsterberg zu zehn Tagen Haft verurteilt worden.

Die beiden Bettler, die es früher hatten hübsch bleiben lassen, über den Anschlag Denkes auf sie die Polizei zu benachrichtigen, können sich ins Häußchen locken, wenn sie davon hören. Da sind sie doch die Schlawen gewesen. Sie haben sich schon davor gehütet, der Polizei die Mithal der Aufstellung schwerer Verbrechen durch die Aburteilung der Aufdecker zu verfallen.

Die deutschen Handwerksburschen aber mögen aus dem Falle Olivier die einzige Lehre ziehen, die er zuläßt: die Spitzhade des Verbrechens an ihnen rächt zu zweiten doch einmal aus, das Schwert der Polizei aber auch dann nicht, wenn jenes geschehen war. Es heißt also immer noch räulicher, sich dem Zufall der Spitzhade der Gewißheit des Schwertes zu überlassen.

Auswanderer-Elend. Die Ueberfüllung Deutschlands und die große Zahl der Erwerbslosen drängt auf Auswanderung hin, aber die Behörden haben bisher dieser doch nach dem Kriegsende einfließenden Bewegung wenig freundlich gegenübergestellt, und man hat das jetzt aufgehobene „Reichsauswanderungsamt“ die „Auswanderer-

beratungsstelle“ oder das „Amt der verlorenen Boris“ genannt. Dabei gilt die Auswanderungsfrage für eine der brennendsten in unserer Wirtschaft und Politik. Von der Notwendigkeit der Auswanderung und ihrer richtigen Organisation geht der Sachverständige D. Preuß-Sperber in seinem bei der Dietrichschen Verlagshandlung erscheinenden Buch „Deutschlands Auswanderungsfrage“ aus. Er betont dabei besonders, wie groß das deutsche Auswanderer-Elend unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist. Die weltweite Mehrheit aller Auswanderer, die in Not und Elend geraten, tragen aber an ihrem Unglück selbst die Hauptschuld. „Jeder Auswanderer“, schreibt der Verfasser, „muß sich vorher selbst genau prüfen, ob er körperlich, geistig und vor allem auch seelisch zur Auswanderung geeignet ist. Ferner muß sich jeder zur Auswanderung Entschlossene darüber klar sein, daß Auswandern gleichbedeutend mit Entbehren und Entzogen sein härtester Arbeit in den ersten Jahren ist. Dies Entbehren und Entzogen liegt zumeist weniger auf rein materiellem als auf seelischem Gebiet. In fremdsprachiger Umgebung, unter unbekannten Sitten und Gewohnheiten, unter Verzicht auf vieles, was ihm in der Heimat als selbstverständlich galt, überfällt manchen ein die Sehnsucht nach der alten Heimat. Wehe demjenigen, der dieser Regung nicht Herr werden kann. Er fühlt sich dauernd unbehelligt und wird nur in den seltensten Fällen vorwärts kommen. Jeder muß sich ferner klar werden, daß er anfänglich, solange er die Baudsprache nicht beherrscht und mit den Eigenarten des Landes nicht vertraut ist, nur einen halben Menschen darstellt. Er muß sich als Lehrling auf allen Gebieten betrachten und stets vor Augen halten, daß Jahrzehre schlechterdings keine Herrenjahre sein können. Die weltweite größte Mehrheit der deutschen Auswanderer geht leider immer noch mit völlig falschen Vorstellungen und Begriffen ins Ausland. Daß solche Leute dann draußen die härtesten Enttäuschungen erleben, ist selbstverständlich.“

Ein Museum des Dampfes. Soeben ist in London ein Museum eröffnet worden, das zum erstmaligen eine vollständige Sammlung von allen Maschinen und Lokomotiven in sich birgt, welche durch Dampf betrieben werden, und zwar werden alle nur irgendwie mit dem Dampf in Beziehung stehenden Werkzeuge von den ersten Anfängen dieses Zweiges der Technik bis zur Jetztzeit gezeigt. Die erste Zeit, die hier dargestellt wird, ist ungefähr das Jahr 1700. Das Museum umfaßt viele Tausende von Ausstellungsgegenständen, da die Museumsleitung sich bemüht hat, möglichst das ganze Gebiet des Dampfes zu umfassen und alle Erfindungen zu sammeln, welche irgendwo in der Welt gemacht worden sind. Das Museum wird geziert durch eine Büste von James Watt, der im allgemeinen als der Erfinder der Dampfmaschine gilt. In Wirklichkeit ist er nur der Mann, der durch bedeutsame Verbesserungen der Dampfmaschine diese zur heutigen Bedeutung gebracht hat. Durch James Watt ist die Dampfmaschine tatsächlich erst für den Verkehr und die Industrie brauchbar geworden. Der Erfinder der Dampfmaschine, Newcomen, ist durch eine Maschine von ungeheurer Größe vertreten, die er selbst zum erstmaligen gebaut hat. Sie wirkt komisch, wenn man ihren Umfang mit der geringen Kraft vergleicht, die sie hervorbringt. Besonders scharf wirken die ersten Eisenbahn-Lokomotiven, die sowohl in ihrer Bauart und ihrer Leistungsfähigkeit nicht einmal die Entwicklung ohne lassen, welche die Eisenbahn-Lokomotive in der heutigen Zeit genommen hat. In einer langen Reihe nebeneinander

sehen alle Modelle der Lokomotiven, die in dem Jahrhundert der Eisenbahn bei allen Kulturvölkern gebaut worden sind. Man kann sich dadurch einen richtigen Ueberblick verschaffen, in welcher Weise der Fortschritt vor sich gegangen ist, bis zur heutigen rauchgeschreynden und mit ungeheurer Energie arbeitenden D-Zug-Lokomotive. Auch die Dampfturbinen sind hier durch die ersten von Besfor gebauten Turbinen bis zu dem Stand der heutigen Entwicklung vertreten. Man beachtete, im Anschluß an dieses Museum des Dampfes auch ein Museum der Elektrizität zu errichten, in dem gleichsam die Fortsetzung dieses Museums des Dampfes zu sehen ist.

Auf der Suche nach einem neuen Element. Einem der letzten fünf chemischen Elemente, die noch an den 92 Elementen des periodischen Systems fehlen, ist man jetzt auf der Spur. Nachdem vor Jahresfrist Nr. 72 als Hafnium entdeckt wurde, wird jetzt Nr. 61 gefunden. Dies Element muß eine schwere Erde sein, nahe verwandt dem Zr, dessen Oxyde bei der Fabrication von Glührümpfen Verwendung finden. Wie in der „Umschau“ berichtet wird, fand der amerikanische Professor Lapp bei der Prüfung von Präparaten seltener Erden schwache Linien des Spektrums des Elements 61, und es ist anzunehmen, daß dieses nun bald isoliert wird. Dann fehlen nur noch die Elemente 43, 75, 85 und 87 des Systems.

Die „Wolgabussche Arbeitskommune.“ Die deutschen Siedler an der Wolga, die sich 1918 zu der „Wolgabusschen Arbeitskommune“ zusammenschlossen, hatten 1920 453 000 Einwohner, darunter 97 Prozent Deutsche, und umfaßten die ehemaligen russischen Gouvernements Saratoff und Samara, mit der Hauptstadt Woiwodschaften früherer Katharinenburg. Wie in der „Umschau“ mitgeteilt wird, hat sich durch Bergdringung des Gebietes das Bevölkerungsergebnis verschoben. Jetzt sind nur noch 674 000 Einwohner, 21,3 Prozent russisch und 9,7 Prozent ukrainisch. Es wird daher neben Deutsch auch Russisch und Ukrainisch als Amtssprache zugelassen. Von den 14 Bezirken sind 11 deutsch, 3 russisch. Die Hauptstadt ist nach Krokow verlegt, einem wichtigen Knotenpunkt des Handels an der Strecke Drenburg—Witkowo.

„Das Kunstblatt“, das im Verlag Gust. Neumann-Neudamm erscheint, wird in der nächsten Nummer, abendlichen, abendlichen, auch Vereinen und Museen zu einem ermäßigten Abonnementpreis überlassen. Zuschriften an den Verlag.

Zur Beobachtung der totalen Sonnenfinsternis am 24. Januar hat die Hamburg-Amerika-Linie der Hamburger Sternwarte ihren nach Philadelphia fahrenden Dampfer „Linaria“ zur Verfügung gestellt. Der Dampfer, der am 16. Januar den Hamburger Hafen verließ, wird durch die Totalitätszone kreuzen und am Finsternistage auf der Zentrallinie gesteuert werden, so daß Beobachtungen an einem Ort von ungefähr 40 Grad nördlicher Breite und 34 Grad westlicher Länge erfolgen können.

Jerome A. Jerome auf der Bühne. Im Wiener Raimund-Theater wurde Jeromes Lustspiel „Ramsch und die Dienbotenfrage“ mit bestem Erfolg zum 1. Mal in deutscher Sprache mit Ilka Durlitz in der Titelrolle unter der Regie von Karlheinz Martin aufgeführt.

Die deutsche Dufausstellung in Barcelona, die vom Dufaverband der deutschen Schuhhändler in Leipzig veranstaltet wird und über 6000 Bänder umfaßt, wurde gestern eröffnet.

Gegen den Rechtsfurs! Große Kundgebung Sportpalast!

am 27. Januar, abends 7 Uhr im Redner: Reichstagspräsident Lobe, Reichstagsabg. Crispian, Dr. Breitfeld, Dr. Levi, Müller-Franken, Scheidemann.

Aufwertung und Notverordnung.

Der Aufwertungsausschuss gegen die auf Grund Art. 48 der Reichsverfassung erlassene Aufwertungsverordnung.

Die Rechtsunsicherheit, die in der Aufwertungsfrage bestand, ist von der früheren Regierung unter Führung des Reichsfinanzministers Dr. Luther zu beseitigen versucht worden durch den Erlass einer Verordnung auf Grund des Artikel 48 der Reichsverfassung, die das Datum des 4. Dezember 1924 trägt. Mit dieser Verordnung werden sowohl die von einzelnen Gerichten für ungültig erklärten Bestimmungen der dritten Steuernotverordnung als auch die bisher ergangenen Durchführungsvorgänge bis zur Regelung im Wege der ordentlichen Gesetzgebung für maßgebend erklärt. Diese Notverordnung vom 4. Dezember ist sofort in der Presse als ungesetzlich angesprochen worden. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat durch einen im Reichstag eingebrachten Gesetzentwurf sofortige Aufhebung der Notverordnung vom 4. Dezember beantragt. Da die sozialdemokratische Reichstagsfraktion diese Art der Anwendung des Art. 48 der Reichsverfassung stets als dem Wortlaut und Geist der Reichsverfassung widersprechend bekämpft hat, war es ihr um die rasche Erledigung des deutschnationalen Antrages zu tun. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Aufwertungsausschusses richteten daher schon in der vorigen Woche an den Ausschussvorsitzenden, den deutschnationalen Abg. Dr. Steiniger den Wunsch auf sofortige Einberufung des Ausschusses zwecks Beratung des deutschnationalen Antrages. Heute vormittag fand diese Sitzung statt. Die zuständigen Ministerien der Finanzen und der Justiz waren nicht durch maßgebende Herren vertreten. Sie begründeten ihre Abwesenheit mit der Beteiligung an einer gerade heute stattfindenden Besprechung mit Ländervertretern, die der Vorbereitung des angeforderten Aufwertungsgesetzes dienen soll. Der Ausschuss trat trotzdem in die Beratung ein.

Dr. Best (Dnat.) wies zur Begründung des deutschnationalen Antrages darauf hin, daß die Regierung die ihr im § 64 der dritten Steuernotverordnung erteilten Ermächtigungen in den Durchführungsverordnungen überschritten habe, weshalb das Reichsgericht gewisse Bestimmungen dieser Verordnungen für ungültig erklärt habe. Dem sei nun von der Reichsregierung durch die Notverordnung vom 4. Dezember 1924, die alle bisherigen Rechtsvorschriften für maßgebend erklärt, zu begegnen versucht. Diese Verordnung vom 4. Dezember 1924 sei aber unzulässig, da vom Art. 48 Abs. 2 der Reichsverfassung, auf den sie sich stütze, nur Gebrauch gemacht werden dürfe, „zur Wiederherstellung der erheblich gestörten oder gefährdeten Sicherheit und Ordnung“, nicht aber zur Entscheidung über die Gültigkeit oder Ungültigkeit irgendwelcher gesetzlicher Vorschriften. Deshalb sei die Verordnung aufzuheben.

Dr. Scheller (Zr.) mißbilligt gleichfalls die Art, wie man im Wege der Verordnung neues Recht zu schaffen suche, lehnte aber den deutschnationalen Antrag trotzdem ab, weil seine Partei der Regierung durch Ausfüllung allgemeiner staatspolitischer Fragen Schwierigkeiten nicht bereiten wolle.

Kell (Soz.) Wenn das Recht des Reichstages, Verordnungen, die auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung erlassen sind, aufzuheben, einen Sinn habe, dann müßte der Reichstag sofort nach Vorlegung dieser Verordnungen dazu Stellung nehmen. Meiner Fraktion hat stets die Auffassung vertreten, daß die Art, wie vom Art. 48 der Reichsverfassung in zahlreichen Fällen Gebrauch gemacht worden ist, dem Sinn der Reichsverfassung nicht entspricht. Im Zusammenhang des alten Reichstages haben wir z. B. entschieden Verwahrung ergriffen gegen die Abänderung des materiellen Steuerrechts auf dem Wege über Art. 48 und wir haben angekündigt, daß wir gegen die Anwendung des Art. 48 auch im Plenum des Reichstages Stellung nehmen würden. Zu den staatsrechtlichen Gründen, die uns veranlassen, für die sofortige Aufhebung der Verordnung vom 4. Dezember 1924 zu stimmen, kommen noch sachliche. Wir wünschen schon im Interesse der Beruhigung des Wirtschaftslebens eine rasche endgültige Regelung der Aufwertungsfrage. Durch Aufhebung der Verordnung vom 4. Dezember glauben wir die Regierung zum rascheren Handeln bewegen zu können. Bringt die Regierung nicht bald den vom Reichstagsabg. Luther angeforderten Gesetzentwurf über die Neuregelung der Aufwertungsfrage, so wird noch weiterzugehen und die ganze dritte Steuernotverordnung aufzuheben sein. Daß die deutschnationale Fraktion mit ihrem Antrag der gegenwärtigen Regierung, an der sie überwiegend beteiligt ist, Schwierigkeiten bereiten wollte, ist nicht anzunehmen. Ihr war es schließlich nur um sachliche Ziele zu tun, und aus sachlichen Gründen stimmen wir dem Antrage zu.

Wunderlich (D. Zp.) erhebt gleichfalls sehr ernste Bedenken gegen die Verordnung vom 4. Dezember 1924, will aber vor Beschlußfassung erst die Regierung hören. Im gleichen Sinne äußerte sich Emmlinger (Soz. Zp.), der die Anwendung des Art. 48 in diesem Falle als besonders anorm bezeichnet und ankündigt, daß er der Aufhebung zustimmen werde, wenn die Regierung in der nächsten Sitzung den Erlass dieser Verordnung nicht ausreichend ausführen könne.

Dietrich (Dem.) erklärt, daß er für Aufhebung der Verordnung stimmen werde, wenn nicht die Ausschussmehrheit die Vertagung beschliesse. Roenen (Komm.) fest sich über den „formalen Streit“ über die Rechtsgrundlagen der Verordnung vom 4. Dezember 1924 hinweg und will sofort in die materielle Beratung der Aufwertungsfrage eintreten, wozu er einen Antrag einbringt.

Dr. Dr. Steiniger trägt vor, der Regierung eine „Schonfrist“ bis nächsten Dienstag zu geben. Entsprechend dem Antrage Steiniger beschließt der Ausschuss die Vertagung bis zum kommenden Dienstag, um der Regierung Gelegenheit zur Neußerung zu geben. Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten stimmen gegen die Vertagung.

Kommunistenspaltung in Frankreich.

Paris, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die aus der K. P. ausgeschlossenen haben eine neue Partei, die „Union socialiste communiste“ gebildet, die bereits bei den Gemeindevahlen im Frühjahr eingreifen will.

Auf dem soeben abgehaltenen Parteitag der K. P. wandte sich u. a. Treint gegen Trotski. Auch der Moskauer Delegierte sprach gegen den „Trotskismus“, hob aber gleichzeitig die Notwendigkeit hervor, weitere Ausschließungen einzustellen. Frankreich gehe dem Faschismus entgegen. Die Propaganda müsse vornehmlich in der Provinz betrieben werden und nicht auf Paris und Umgebung beschränkt bleiben.

Charles Rappaport, der sich bedeutende Verdienste um die kommunistische Partei erworben hat, mag es als einer der wenigen anwesenden Vertreter der Minderheit, Kritik an der Schriftleitung der „Humanité“ zu üben. Er wies darauf hin, daß sein Niveau einen bedeutenden Teil seiner Leser verliere, daß sein Niveau dauernd sinke usw. Diese Kritik wurde in einer Flut von Zwischenrufen und Schimpfworten erstickt und Rappaport war den übelsten Beleidigungen, wie: „Zeitungsschmierer ohne Zeitung, Weiser ohne Weisheit, Dilettant“, ausgesetzt.

Die spanische Geländeschicht teilt uns mit, daß die Nachricht von der Festnahme und Hinrichtung eines Bolschewisten namens Schischegonitow den Tatsachen nicht entspricht.

Das Einheitsgespräch.

Ein Autobus der Linie 1 rollt und wankt das Schöneberger Ufer entlang. Es regnet, Abend ist's, und die Insassen sind in Gedanken bereits im Theater, im Kino, auf dem Ball oder zu Besuch bei Bekannten. Denn es sind beneidenswerte Leute mit Zeit und Geld und Sinn für rauschendes Vergnügen. Von Kleidern unterhalten sie sich, von neuen Filmen, auch in der Abendzeitung lesen sie, soweit das spärliche Licht es gestattet — jeden Abend bietet sich daselbst heiter-ernste Bild. Man gewöhnt sich an die Fälle, man gewöhnt sich an die Spannung der Erwartung, man riecht auch stets das gleiche Duftgemisch von Parfüm: Berlin B im Autobus. Vorbei huschen die Dächter, die Schatten der Bäume, Menschen am Wege — vorbei, vorbei. Schnell wechseln die Worte im Wagen, zu zweit und zu dritt werden sie getauscht, manches verliert sich im dumpfen Lärm, laut fällt der Schöpfer ein: „Noch jemand ohne Fahrkarte?“ — Da, plötzlich regt sich unter Buder und Schminke, dem festen Jüngling entleert die Zeitung, selbst in greisen, verweisten Gesichtern aufzuckt das Leben. „Dort war es!“ — von weissen Lippen kam das in der Stille? Keiner sieht den Sprecher, jeder nur „die Stelle“. Die Stelle, an der innerhalb kurzer Zeit zweimal ein Automobils verunglückt ist. Die Stelle, an der es Schreiben und Tränen, Aufregung und Schmerzen gab. Die Stelle, an der um ein Haar noch viel Schlimmeres passiert wäre. Jeder sieht sie, die Stelle. Und jeder denkt, ein Glück, daß ich nicht mit dabei war. Und jeder sagt sich, wie leicht hätte auch unsereinen so etwas treffen können. Und jeder blickt ein wenig ängstlich nach dem Chauffeur und fragt sich, ob der wohl so ganz sicher fährt. Jeder tut es, jeder...

Denn ein ganz klein wenig haben alle ihr Leben lieb, im Besten und im Osten, im Süden und im Norden, und wenn schon gestorben sein muß — so auf keinen Fall. Erleichtert atmen alle auf, nachdem die Unfallstelle ohne Zwischenfall passiert ist, jeder preist sein Schicksal, wenn sich's auch keiner merken läßt.

Die Archidiebsthähe.

Feilschismus oder Geschäft.

Die Archidiebsthähe, über die wir berichteten, beschäftigen noch weiter die Kriminalpolizei und die Sachverständigen. Auch die Redigieren werden sich mit ihnen wohl noch zu befassen haben. Es scheint aber, daß neben dem angeblichen Feilschismus doch auch das materielle Interesse eine nicht geringe Rolle spielte. Das beschlagnahmte Material fällt vier Reifelörbe. Wieweil im Laufe der Zeit von Dr. Haus und von Hohentocher verkauft worden ist, wird kaum festzustellen sein.

Dr. Haus behauptet immer noch, daß Hohentocher diese Geschäfte ohne sein Wissen betrieben habe. Die Verkäufe dieses Freundes sind aber wohl noch zahlreicher und ausgedehnter als diejenigen Dr. Haus'. Aus dem In- und Auslande haben sich bereits eine Anzahl Händler und Sammler gemeldet, die mit den beiden in Verbindung standen. Hohentocher führte dabei verschiedene Namen, Karl-Maria von Hohentocher, Baron von Hohentocher-Hartenau und auch Baron von Hartenau. Wie er richtig heißt, steht noch nicht fest. Er behauptet, der Enkel eines Offiziers und Reichleutens zu sein, der von einem früheren Fürsten von Hohenzollern-Hochingen als unehelicher Sohn anerkannt worden sei und den Namen von Hohentocher erhalten habe. Die Tausch- und Verkaufsgeschäfte, die er unter dem Namen Baron von Hartenau betrieb, führte er nicht von einer bestimmten Wohnung aus. Korrespondenz und Sendungen gingen vielmehr stets postlagernd. Unter dem Namen Karl-Maria von Hohentocher ließ er alle Briefe und andere Sendungen nach dem Hause Halleische Straße 3 adressieren, während er in Wirklichkeit mit Dr. Haus in dem Hause Nr. 5 wohnte. In den Besitz der Sachen kam er dadurch, daß er die Postboten regelmäßig auf der Straße abging. Dr. Haus korrespondierte stets von seiner Wohnung aus. In dieser war das Material keineswegs so geordnet, wie leidenschaftliche Sammler es zu halten pflegen, sondern eher in einem gewissen Durcheinander für den Verkauf. Den Schreibtisch Dr. Haus' zierte ein Bild Eduards VII. mit angeblich eigenhändiger Unterschrift. Doch er auch in Brüssel, dem Haag und London Archid- oder Museumsstudien betrieben und auch dort gestohlen hat, bestritt er die Privatgelehrte. Er behauptet, niemals dort gewesen zu sein. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß sich unter dem beschlagnahmten Material auch Sachen aus Sammlungen dieser Städte befinden. Er mag sie auf Umwegen durch Tausch erworben haben. Händler und Sammler werden erucht, besonders auch auf die verschiedenen Namen Hohentochers zu achten. Alle weiteren Mitteilungen zur Aufklärung nimmt Kriminalkommissar Treitin im Berliner Polizeipräsidium, Zimmer 103, entgegen.

Auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung, die morgen stattfindet, steht u. a. ein Dringlichkeitsantrag der Kommunisten, der von ihnen aus Anlaß der Autobusunfälle am Schöneberger Ufer gestellt ist. Zur Behandlung wird weiter eine Vorlage des Magistrats kommen, die die Auszahlung des zehnjährigen Aufwertungsvertrages bei Sparkassenguthaben auch auf solche Sparer ausgedehnt wissen will, die sich in einer offenen Rottage befinden. Die sozialdemokratische Fraktion wird über die Magistratsvorlage hinaus dafür eintreten, daß das Lebensalter der Anspruchsberechtigten von 65 auf 60 Jahre herabgesetzt wird und daß die hierfür erforderlichen Mittel von der Stadtverordnetenversammlung neu bewilligt werden.

Das neue Berliner Fernsprechbuch wird in den nächsten Tagen ausgegeben werden. Da nicht alle Teilnehmer gleichzeitig beliefert werden können, erhält jeder Teilnehmer, sobald ein Buch für ihn zur Verfügung steht, eine Benachrichtigungskarte, die zur Empfangnahme berechtigt und Ort und Zeit für die Abholung des Buches angibt. Das alte Fernsprechbuch der letzten Ausgabe ist beim Empfang des neuen Buches abzugeben oder statt dessen eine Gebühr von 3 R. sogleich zu entrichten. Das Fernsprechbuch wird gegen eine Gebühr von 30 Pf. ins Haus gebracht, wenn es der Teilnehmer beantragt, oder das Buch innerhalb fünf Tage (auf älteren Benachrichtigungskarten ist fälschlich eine Frist von 14 Tagen angegeben) nicht abgeholt worden ist.

Das Rose-Theater bringt E. A. Görners „Aschenbrödel“ recht hübsch heraus. Die Kinder sehen ihre eigene goldene Phantasie auf der Bühne verwirklicht, dieselbe sogar noch übersäht. So, wenn die Täubchen in den Ramin flattern, Blumen und Gemüse als stinkfähige Essen lebendig werden oder das Geschirr in der Küche tanzt. Ellen Maria Treuburg entfaltete viel Liebreiz als Aschenbrödel. Die Ausstattung ließ man sich etwas kosten, darum war es nicht nur beim König Kasaba, sondern auch beim Baron von Montecoteccucorum recht prunkvoll. Gut gewählte Lichteffekte (R. Wilmann ist für die Beleuchtung verantwortlich) taten das ihre, um die Stimmung zu heben und die Bracht zu unterstreichen. Selbst dem Erwaachsenen wird dieses Aschenbrödel zum Genuß, da er deutlich sieht, daß man mit Liebe, Sorgfalt und Verständnis am Wert war.

Zusammenstoß in der Luft. Ueber dem Hafen von Barcelona stießen zwei Handelsflugzeuge zusammen, stürzten ins Meer und gingen unter. Die Fluggesellschaft ertranken.

Das Drama einer Mutter.

In Tuschkau bei Pilsen hat sich diese Woche eine entsetzliche Bluttat abgepielt, die ein großes Schlaglicht auf eine Zeit wirft, deren Gesellschaftsordnung und deren Gesetze es zulassen, daß neben der fürchtbarsten Not und Verzweiflung noch immer trasses Schiebterium und Verschwendung sich breit machen.

Mit dem Pilsener Zuge kam in Tuschkau eine Frau mit einem Kinderwagen an, in dem sich ein dreijähriges blondlockiges Mädchen befand und erkundigte sich nach dem Friedhofe. Am nächsten Morgen fand ein Gendarm in der Nähe des Friedhofes einen Kinderwagen, in dem sich die noch warme Leiche eines blondlockigen Mädchens befand. Das Kleine war auf graufame Art ermordet worden. Es hatte zahlreiche Kopfverletzungen und einen tiefen Stich in den Unterleib erhalten. Unter den Betten fand man einen Brief mit 60 Kronen (8 Mark), in dem die Schreiberin Aufstellungen über die Tat macht. Der Brief enthält die ganze Tragödie einer unglücklichen Mutter. Zunächst bittet die Frau um Verzeihung, daß sie ihr liebes Kind, ihren Engel, mit eigener Hand töten mußte. In fürchterlichem innerem Kampfe, in Not und Verzweiflung ist der Plan gereift. Jahr und Tag ist sie ohne Arbeit. Kein Mensch mochte die Frau mit dem Kinde aufnehmen. Alles habe sie unternommen und nichts unverzagt gelassen. Ohne Obdach war die Frau und ihr Gott ein Verschwendter, der sie schlecht behandelte. Das arme Kind war anfangs im Kloster. Weil es aber nicht gut behandelt wurde, nahm die Mutter das Kind heraus und wollte es selbst pflegen. Um für das Kind zu sorgen, habe sie alles ihr Mögliche getan. Um der Kleinen etwas Milch reichen zu können, hat sie seit zwei Jahren nur von schwarzem Kaffee und Kartoffeln oder etwas Brot gelebt. Nun seien ihre Kräfte zu Ende. Man möge die 60 Kronen und den Erlös des Kinderwagens nehmen und dem unglücklichen Kinde dafür einen Sarg kaufen. Sie wolle tief ins Gebirge gehen und ihrem Kinde folgen. Der mit schöner Handschrift geschriebene Brief ist unterzeichnet „Eine todunglückliche Mutter“.

Bevor die Frau den beabsichtigten Selbstmord ausführen konnte, wurde sie ermittelt und verhaftet, da ein Beamter des Berliner Bahnhofs beim Lesen des Berichtes erkannte, einen Kinderwagen eingeladen zu haben und die Mutter zu kennen. In der Unglücklichen wurde die 36jährige Frau eines Geschäftsfreisenden, Emilie Hauptmann aus Bilitz, die von ihrem Manne getrennt lebt, sichergestellt und verhaftet.

Genosse Harter bietet (bricht am Donnerstag, den 22. Januar, abends 7/8, in der Hahm-Bismarck-Schule, Charlottenburg, Siedstr. 2/4, anlässlich der Kirchmessen über das Thema „Sind die Kirchmessen die besten noch vorläufigen des freien Protestantismus“. Vortragsgenossen und Genossen, sorgt für Massenbesuch. — Kampf der schwarzen Reaktion!

Sport.

Das 13. Sechstagerrennen. Der letzte Tag.

Nach der Jagd, die gestern während und nach der 10-Uhr-Nacht-Wertung vor sich ging, sollte das Rennen der folgenden Spruch: Van Kempen-Sawall, Ritt-Werts, Bauer-Bemanow, Giorgetti-Rigetio und Stellbrint-Roch erhalten wegen infanteren Verhaltens bei der Jagd eine Strafstunde. Die Mannschaft Stellbrint-Roch, die bei dieser Jagd schon eine Runde einbüßte, liegt somit drei Runden zurück. Der im heutigen Morgenblatt mitgeteilte Stand des Rennens nach der 10-Uhr-Nacht-Wertung ist nach dieser Entscheidung hinfallig. Richtig muß es heißen: Hahn-Tieh 163 Punkte, Egg-Krupat 70 Punkte, Saldow-Vorenz 58 Punkte, Grenda-Rac Beath 53 Punkte, Brocco-Riquel 7 Punkte, Hufsch-Rohf 5 Punkte. Eine Runde zurück: Van Kempen-Sawall 241 Punkte, Ritt-Werts 189 Punkte, Bauer-Bemanow 70 Punkte, Golle-Manthey 48 Punkte. Zwei Runden zurück: Giorgetti-Rigetio 42 Punkte. Drei Runden zurück: Stellbrint-Roch 23 Punkte. Nur langsam glücken sich die Bogen der Erregung. Das übervolle Haus hat mit Befriedigung des Urteils des Rennengerichts zur Kenntnis genommen. Den ersten Vorstoß nach dieser aufregenden Angelegenheit unternimmt — jedoch ohne Erfolg — Bauer. In einer abermaligen Jagd stürzt Rigetio und heißt Hahn mitgehen. Das Rennen wird neutralisiert. Doch schon lange vor der 2-Uhr-Nacht-Wertung sind beide wieder im Felde zu finden.

Die 2-Uhr-Nachtwertung

brachte folgendes Ergebnis: 1. Spurt: Giorgetti, Bauer, Egg, Hahn. 2. Spurt: Rac Beath, Vorenz, Krupat, Hufsch. 3. Spurt: Giorgetti, Egg, Grenda, Rohf. 4. Spurt: Tieh, Bemanow, Krupat, Rac Beath. 5. Spurt: Giorgetti, Egg, Roch, Saldow. Van Kempen hält sich dann den 6. Spurt. Nach 3 Uhr früh geht Bauer los. Der Australier Grenda ist wachsam und rasi herant. Sein Partner Rac Beath ist gut ab und sie gewinnen einen netten Vorsprung. Ritt folgt auf Rac Beath. Dann von Kempen und Hahn. Die Australier lassen nicht nach! Immer schneller wird das Tempo. Sie gehen an Brocco und Bauer vorbei. Noch einige Sekunden, und Grenda-Rac Beath haben es geschafft. ... Da stürzt von Kempen. Diesmal geht Ritt mit. Wieder wird das Rennen neutralisiert. Und das Ergebnis? Bauer-Bemanow, Brocco-Riquel, Hufsch-Rohf, van Kempen-Sawall und Golle-Manthey haben eine weitere und Giorgetti-Rigetio und Stellbrint-Roch zwei weitere Runden verloren!

Der Stand des Rennens nach der 2-Uhr-Nacht-Wertung ist folgender: Ritt-Werts 192 Punkte, Hahn-Tieh 169 Punkte, Egg-Krupat 83 Punkte, Saldow-Vorenz 64 Punkte, Grenda-Rac Beath 61 Punkte. Eine Runde zurück: Brocco-Riquel 7 Punkte, Hufsch-Rohf 7 Punkte. Zwei Runden zurück: Bemanow-Bauer 76 Punkte, Golle-Manthey 48 Punkte. Vier Runden zurück: Giorgetti-Rigetio 57 Punkte. Fünf Runden zurück: Stellbrint-Roch 25 Punkte. In den Morgenstunden gibt Sawall das Rennen wegen Erschöpfung auf. Sein Partner von Kempen fährt als Ersatzmann weiter.

Vorkampfabend im Norden.

Bei dem gestrigen Kampfabend im Riegereinschhaus machte sich die große Konkurrenz des Sechstagerrennens außerordentlich bemerkbar, aber trotzdem war der Besuch gut. Kurt Sasse kämpfte mit dem Duisburger Cohres unentschieden. Der Duisburger zeigte in den vier Runden eine gute Technik und Sasse hatte alle Hände voll zu tun, dem sehr gewandten Mann beizukommen. In nächsten Treffen standen zwei gute Leute im Ring, Gustav Auge und Otto Griesel, beide ausgerüstet mit guter Technik. Letzterer gewann den Kampf nach 6 Runden, dank seiner guten Treffsicherheit, nach Punkten. An Stelle des erkrankten Wilens trat Jonny Jackson und kämpfte gegen Erich Brandel. Hier brach der Ringrichter den Kampf bereits in der ersten Runde ab wegen allzu großer Ueberlegenheit Brandels. Jackson mußte in der Runde nicht weniger als fünfmal zu Boden gehen. Das Hauptinteresse des Abends galt dem Treffen Rag Diekmann gegen Horst Schade. Bereits in den ersten Runden machte sich die Ueberlegenheit Diekmanns bemerkbar. Schade wurde so stark am geschlagen, daß er nur unter größter Anstrengung durch die weiteren Runden kam. Technisch war Diekmann ausgezeichnet und hatte die Führung des Kampfes ständig in Händen. Nach 6 Runden konnte er den Punktsieg davontragen. Einen schönen und ebenso flotten Kampf lieferten Schmechling-Röll und Rehling-Würgburg. Nach 6 Runden konnte ersterer den Punktsieg davontragen.

Gewerkschaftsbewegung

Der neue Kurs und die Reichsarbeiter.

Am 14. Januar hatte der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Berlin, seine Funktionäre aus den Reichs- und Staatsbetrieben zusammenberufen, um ihnen durch eingehenden Bericht von der Kündigung des Reichsmanteltarifs durch das Reichsfinanzministerium Kenntnis zu geben. Mit dieser Kündigung ist die Absicht verbunden, die bestehenden beschriebenen sozialen Rechte wesentlich abzubauen. Aus dem Bericht ging hervor, daß das Reichsfinanzministerium solche Gründe für die Kündigung des Vertrages nicht anführen kann, da dieser Vertrag die geringsten sozialen Leistungen unter den Verträgen für die anderen Arbeitnehmergruppen aufzuweisen hat. Nur mit Rücksicht auf die Zeiten größter finanzieller Not konnte der Vertrag aufrechterhalten werden. Die Kündigung soll also nur diktiert sein von dem antilohialen Geist, der sich in Anbetracht des kommenden Regierungskurses wieder stark hervorwagt. Der Regierungskurs bringt Verschlechterungen in allen wichtigen Bestimmungen, z. B. in der Frage des Urlaubs und der Regelung des Krankenzustandes, in der Behandlung der Nichtvollbeschäftigten, in der Bezahlung der Kriegs- und Arbeitslosen, in der Erhöhung der Kindergelder, in der Bezahlung des Lohnes bei Erfüllung staatsbürgerlicher Pflichten, in der Eingruppierung usw.; nur eine Position möchte man beibehalten, und das ist die neunstündige Arbeitszeit, die bis zu 60 Stunden in der Woche ausgedehnt werden kann. Verursacht man hierbei noch, daß die Reichs- und Staatsarbeiter ohnehin schon stark entrechtet sind durch die Aufhebung des Einkommensschutzes und die Beseitigung des Schutzes der Betriebsvertretungen, so ist die Tendenz in dem Verhalten des Reichsfinanzministeriums recht durchsichtig. Dieser Eindruck war auch bei den vornehmsten Funktionären vorherrschend und kam in der Diskussion rückhaltlos zum Ausdruck. Die roge Anteilnahme zeigte, daß die Reichs- und Staatsarbeiter die ganze Angelegenheit nicht als etwas Alltägliches hinzunehmen gedenken, und der einstimmig angenommene Antrag, mit den übrigen Arbeitern des Reiches außerhalb Berlins so schnell als möglich eine Zusammenkunft herbeizuführen, beweist, daß keine Bereitwilligkeit besteht, dem Reichsfinanzministerium auf diesem Wege zu folgen. Zustimmungserklärungen von den Reichs- und Staatsarbeitern aus den übrigen Teilen des Reiches, wie Königsberg, Hannover, Pommern und Westfalen, lassen schließen, daß auch dort der ernste Wille zur Abwehr vorhanden ist.

Dann also dem Reichsfinanzministerium daran liegt, die Arbeitsfreude und den Arbeitsfrieden in den Betrieben und Verwaltungseinrichtungen zu erhalten, dann möge es die Arbeiter mit den Kolportagen der „sozialen Gerechtigkeit“ der Regierung Luther-Schlichter verschonen.

Das Sonderrecht der Reichsbahn.

Die Personalabbauverordnung enthält eine Bestimmung, wonach § 84 Abs. 4 des Betriebsvertrages keine Anwendung findet auf abgebaute Arbeitnehmer, die ihre Bezüge aus öffentlichen Mitteln erhalten. Hiernach konnten also Arbeiter in Reichs-, Staats- und Gemeindebetrieben ihre Entlassung nicht unter Berufung auf § 84 Abs. 4 B.V. als unbillige Härte anfechten. Das galt unbestritten bis zum 11. Oktober 1924 auch für die in Betrieben der Reichseisenbahn beschäftigten Arbeiter. Da aber dieser Betrieb an dem genannten Tage auf eine Aktiengesellschaft übergegangen, also rechtlich den Privatbetrieben gleichzusetzen ist, so sollte man es für selbstverständlich halten, daß die erwähnte Bestimmung der Abbauverordnung auf die Arbeitnehmer der Reichsbahngesellschaft keine Anwendung finden kann, denn die Arbeitnehmer dieser Gesellschaft erhalten ja ihre Bezüge nicht mehr aus öffentlichen Mitteln und damit fällt die Voraussetzung für die Ausschaltung des § 84 Abs. 4 B.V. fort. Aber die Verwaltung der Reichsbahngesellschaft macht den entlassenen Arbeitern auch jetzt noch das Recht, wegen unbilliger Härte zu klagen, streitig. Sie beruft sich dabei auf eine Bestimmung des Reichseisenbahngesetzes, wonach sie Sonderrechte, welche die frühere Reichseisenbahn auf gewissen Gebieten hatte, für sich in Anspruch nehmen kann. Ein solches Sonderrecht — sagt die Verwaltung der Reichseisenbahngesellschaft — sei die Ausschaltung des § 84 Abs. 4 B.V.

Doch diese Auffassung geht fehl. Die Personalabbauverordnung will ja kein Sonderrecht auf arbeiterrechtlichem Gebiet schaffen, sondern sie ist eine finanzpolitische Maßnahme, die durch Beschränkung der Ausgaben den Reichsfinanzen aufhelfen wollte. Zu diesem Zweck sollte der Personalabbau energisch durchgeführt werden, und weil dabei gewisse Härten nicht zu vermeiden sind, wurde der § 84 Abs. 4 B.V. ausgeschaltet. Nicht um der Eisenbahn und anderen öffentlichen Betrieben ein Sonderrecht hinsichtlich des Betriebsvertrages zu geben, sondern um den Personalabbau ungehemmt vollziehen zu lassen.

Die Reichsbahngesellschaft hat den Gewerbegerichten ihre Auffassung durch Rundschreiben mitgeteilt und sie glaubt, sich dadurch ihr vermeintliches Sonderrecht gesichert zu haben. Doch in mehreren Städten im Reich haben die Gewerbegerichte gegen die Auffassung der Reichsbahngesellschaft entschieden und den Arbeitern das Recht des § 84 Abs. 4 B.V. zuerkannt. Einzelne andere Gewerbegerichte haben dagegen im Sinne des Rechtsstandpunktes der Reichsbahngesellschaft, also zu Ungunsten der Arbeiter, entschieden.

Jetzt hat die Eisenbahnsachkommission des Gewerbe-

gerichts Berlin (Vorsitzender Magistratsrat Hildebrand) eine Entscheidung gefällt, wonach für die Arbeitnehmer der Reichsbahngesellschaft die Ausschaltung des § 84 Abs. 4 B.V. bestehen bleiben soll. Der Entscheidung gingen sehr eingehende rechtliche Auseinandersetzungen zwischen dem Gen. Dressel vom Deutschen Eisenbahnerverband und einem Vertreter der Reichsbahngesellschaft voraus. Magistratsrat Hildebrand, der der Urteilsverfälschung sonst eine ziemlich ausführliche mündliche Begründung anzufügen pflegt, sagte in diesem Falle kein Wort zur Begründung des Urteils. Man wird also erst aus der schriftlichen Urteilsausfertigung erfahren, wie juristische Auslegungskunst es fertig bringt, den Eisenbahnarbeitern ein ihnen seit dem 11. Oktober 1924 ohne Zweifel zustehendes Recht abzuspülen.

Die infolge dieses Urteils Leidtragenden sind zwei Arbeiter, die ihre Kündigung erhielten, als sie krank daniederlagen. Der eine befand sich sieben Wochen im Krankenhaus. Der andere, ein Familienvater mit sechs Kindern, hatte sich auf dem Wege zur Arbeitsstätte den Fuß verrenkt, was eine längere Arbeitsunfähigkeit zur Folge hatte. Es scheint übrigens System bei der Reichsbahngesellschaft zu sein, daß sie Arbeiter, wenn sie öfter krank werden, zu den Unproduktiven rechnet und entläßt. Das ist gewiß eine unbillige Härte und eine Rücksichtslosigkeit, die jedes soziale Empfinden vermissen läßt. Doch der Weg zum Gericht, wo solche Entlassungen, wenn sie in Privatbetrieben vorkommen, mit Aussicht auf Erfolg angefochten werden können, wird den Arbeitern der Reichsbahngesellschaft, obgleich sie jetzt doch auch ein im rechtlichen Sinne privater Betrieb ist, verlegt. Dieser Weg frei gemacht werden durch die Aufhebung der Personalabbauverordnung.

Berufswahl und Fleischergewerbe.

Was soll der Junge lernen? Das ist die Frage, vor die sich bei jeder bevorstehenden Schulentlassung Eltern gestellt sehen. Da gibt es denn einen Beruf zu wählen, der nicht nur in jungen Jahren Arbeitsgelegenheit gibt, sondern möglichst eine dauernde Existenz in dem einmal erlernten Beruf bietet. Das Fleischergewerbe kann diese Bedingung nicht erfüllen. Einmal schon deshalb nicht, weil dieser Beruf durch eine jahrelange, überaus harte Lehrlingszuchterei, besonders auf dem Lande, mit Arbeitskräften so überfüllt ist, daß der Bedarf an Gesellen nach lange gedeckt ist. Aber Tausende Fleischergesellen, die heute in den verschiedensten Industrien Beschäftigung gesucht haben oder arbeitslos sind, warten auf eine Besserung der Lage des Berufs, um ihren erlernten Beruf wieder ausüben zu können.

Der verheerende Eingriff des Krieges in den Viehbestand ist noch nicht überwunden. Ein Ausgleich durch Vieh- und Fleisch-einfuhr aus dem Ausland wird durch die in Aussicht stehenden Zölle weiter erschwert. Der dadurch schon geringere Fleischverbrauch wird so noch weiter gedrückt. Es kommt hinzu, daß das Fleischergewerbe vornehmlich aus Kleinbetrieben besteht. Soweit man sich da nicht mit den billigen Behrlingen behilft, werden meist nur junge Gesellen beschäftigt. Das Kost- und Logiswesen beim Arbeitgeber ist nach vorherrschend. Eine gewisse geistige Bevormundung greift dadurch Platz. Das wirkt sich in überlanger Arbeitszeit aus und hat einen frühzeitigen Kräfteverbrauch zur Folge. Verheiratete Gesellen finden in diesem Beruf nur sehr schwer Unterkommen. Die fortschreitende Technik erhebt auch hier immer mehr die menschliche Arbeitskraft. Zum Selbständigwerden fehlen den meisten die Mittel, und dann ist auch die Konkurrenz durch die große Zahl der Existenzjünglinge überaus hart.

Für den, der sich in diesem Beruf behaupten will, ist nicht nur eine gute körperliche Gesundheit und Körperkonstitution nötig, sondern vor allem eine gute Schulbildung, die ein sicheres, schnelles Rechnen, eine gute und schnelle Auffassungsgabe gewährleistet.

Manche Eltern leiten oft die dem Lehrling während der Lehrzeit vom Arbeitgeber gewährte Kost und vielleicht das Logis. So verlockend dies auch scheinen mag, es wird reichlich aufgehoben durch vermehrten Verbrauch an Wäsche und Berufskleidung, die man in der Fleischerei benötigt. Bei der Auswahl der Lehrstellen achte man besonders auf die Logisverhältnisse, damit die jungen Leute nicht in schlechten und ungeeigneten Räumen untergebracht werden.

Wenn heute die Innungen ihre Lobspüche auf das ehrsame Handwerk wiederholen, um möglichst viele Lehrlinge zu bekommen, so seien die Eltern, selbst bei Neigung ihres Jungen zum Fleischerberuf, darauf aufmerksam gemacht, daß sie es sich reichlich überlegen sollen, ob sie diesen Beruf wählen wollen. Es gehört heute schon nicht zu den Seltenheiten, daß die Fleischergesellen, eben die Lehre beendet, bereits in andere Berufe übertreten. Umsonst eine mehrjährige Lehrzeit zurückzulegen, sollten die Eltern sich und ihren Kindern ersparen.

Ein Vubenstreich.

Im Laufe der Bewegung, den Hüttenarbeitern den Schutz des § 7 der Arbeitszeitverordnung zu sichern, wurde ein angebliches Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes, Gruppe Nordwest, veröffentlicht, das dieses sofort als Fälschung bezeichnete. Der Christliche Metallarbeiterverband hielt jedoch auf Grund der Versicherungen seines Gewährsmannes an der Auffassung fest, daß das Rundschreiben tatsächlich erfolgt sei. Der Arbeitgeberverband strengte daraufhin Klage an. Jetzt steht sich der Düsseldorfener Bezirkssekretär des Christlichen Metallarbeiterverbandes zu der Erklärung bereit, daß er von seinem Gewährsmann in größtmöglicher Weise getäuscht worden sei. Den Namen des Gewährsmannes und das zu diesem Fall gehörige Material habe er der Staatsanwaltschaft übergeben, da er selbst für restlose Klärung dieser Darstellung eintrete.

SPD.-Fabrikarbeiter an die Front!

In diesen Tagen finden in allen Bezirken die Versammlungen statt, in denen nicht nur die Bezirksleitungen neu gewählt werden, sondern auch die Delegierten zur Generalversammlung der Zahlstelle Berlin des Verbandes der Fabrikarbeiter.

Jeder SPD.-Fabrikarbeiter wie jeder Anhänger der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale muß seine Versammlung besuchen. Sorgfältig dafür, daß nur solche Kollegen als Delegierte und Bezirksleiter gewählt werden, die sich verpflichten, wirklich praktische Gewerkschaftsarbeit zu leisten.

Auf zu den Versammlungen!

Ausperrung in der Chirurgiemechanik.

Wie wir schon vom Deutschen Metallarbeiterverband erfahren, haben die Arbeitgeber in der Berliner Chirurgiemechanik die Ausperrung der bei ihnen beschäftigten Arbeitnehmer beschlossen, da ein Teil derselben im Streit steht. Die Ausperrung ist bereits heute morgen erfolgt.

Achtung, Bauarbeiter. Bei der Baustelle der Firma Streubel, Tempelhofer Ringbahnstraße, früher Provisionamt, jetzt Post, sind die Ausperrungsarbeiten für alle Bauarbeiter gesperrt.

Wirtschaft

Folgen der Konzentration in der Zuckerraffinerie.

Die rheinischen Zuckerraffinerien führen zurzeit einen sehr heftigen Kampf um ihre Existenz. Nach Ausschaltung der in der Fachpresse, die in der Generalversammlung des rheinischen Aktienervereins für die Zuckerraffinerie bestätigt wurden, besitzen die rheinischen Zuckerraffinerien Rohmaterial, welches nur für eine Beschäftigung auf zwei Monate ausreicht und Ausschichten, weiteres Rohmaterial zu erhalten, sind nicht vorhanden.

Wenn man diesen Dingen auf den Grund gehen will, muß man sich die Entwicklung des Zuckerrübenanbaues und der Zuckerrübenfabrikation von Kriegsbeginn an voranschaulen. Als es bei Beginn des Krieges notwendig war, größere Mengen Rohmaterial für die Erzeugung von Körnerfrüchten bereitzustellen, lag der Gedanke nahe, Zückerernte, die bisher dem Anbau von Zuckerrüben gebietet hatten, für diese Zwecke zu verwenden, denn vor dem Krieg hat Deutschland 50 Proz. seiner Zuckerverzeugung ausgeführt und es bestand daher selbst bei erheblicher Verringerung des Zuckerrübenanbaues für die Zuckerverfertigung Deutschlands keine Gefahr. Aber während der Zuckerrübenanbau und damit die Rohzuckerherstellung zurückging, blieb die Zahl der Raffinerien in der Hand und sie nutzten diese Macht nach der Richtung aus, daß sie den größten Teil der für die Zuckerrübenherzeugung fruchtbar gelegenen Raffinerien in ihre Hände brachten. So entstanden in Pommern, in Mitteldeutschland und in Schlesien gemaltigte Zuckerkonzernne. 80 Proz. der Rohzuckerherzeugung wird von diesen Raffinerien verarbeitet. Was die Lage der freien Raffinerien noch schlimmer macht, ist aber die Tatsache, daß der durch die Zwangswirtschaft niedrig gehaltene Zuckerverpreis die Zuckerrübenanbauenden Landwirte veranlaßt, nur geringe Flächen mit Zuckerrüben zu bebauen. Vor dem Kriege hatten wir aus der deutschen Zückerernte einen Rohzuckerertrag von 55 bis 60 Millionen Doppelzentner. Der Ertrag ging teilweise bis auf 9 Millionen Doppelzentner zurück. Für die Kampagne 1923/24 rechnet man mit einer Ausbeute von 17 Millionen Doppelzentner Rohzucker. Die rheinischen Zuckerraffinerien wären in der Lage, 25 Proz., etwa 4 Millionen Doppelzentner, von diesem Rohzucker zu verarbeiten. Die zu Konzentration zusammenschlossenen Zuckerraffinerien aber ziehen nicht bloß die ohnehin geringe Rohzuckerernte an sich, sondern sie haben es auch erreicht, daß der Reichsernährungsminister im Herbst 1924 im ganzen 2,2 Millionen Doppelzentner Rohzucker zur Ausfuhr freigegeben hat. Diese Freigabe erfolgte auf die dringenden Vorstellungen der mitteldeutschen Zückerfabriken, die erklärten, daß ihre Existenz gefährdet sei, wenn sie nicht durch Verkauf von Rohzucker an das Ausland Betriebsmittel bereinbekämen. Diese 2,2 Millionen Doppelzentner Rohzucker fehlen aber den deutschen Zuckerraffinerien und können den rheinischen freien Raffinerien für einige Monate wieder Arbeit schaffen. Der Reichsernährungsminister, bei dem die rheinischen Raffinerien wegen dieser Sachlage Vorstellungen erhoben haben, hat es abgelehnt, einzugreifen und diese Ablehnung damit begründet, daß es sich um private Interessenstreitigkeiten handele. Uns erscheint dieses Argument nicht stichhaltig. Denn wenn die freien Raffinerien vernichtet werden, wenn die Zuckerkonzernne allein die Macht in Händen haben, dann besteht die Gefahr, daß sie allein den Markt beherrschen und damit auch den Preis diktieren können. Daß sie diese Macht nicht zugunsten der Allgemeinheit, sondern von ihren eigenen Interessen geleitet ausüben werden, dessen sind wir sicher. Es ist aber für die Allgemeinheit nicht gleich, in welcher Weise die Versorgung des deutschen Marktes mit Zucker erfolgt. Und weil das eben nicht gleich ist, deswegen sollte der Reichsernährungsminister das größte Interesse daran haben, sich mit diesen Dingen nicht bloß theoretisch, sondern auch praktisch zu beschäftigen.

Verantwortlich für Vollst.: Graf Reuter; Wirtschaftl.: Arthur Gatenau; Gemeindefachbewegung: J. Eilinger; Kulturfragen: A. A. Köhler; Politik und Sonstiges: Fritz Kautzsch; Anzeigen: H. Gluck; Musik in Berlin: Berlog; Korrespondenz: G. m. b. H. Berlin; Druck: Hermanns-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 1.

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angegli. dem Verb. sozialer Baubetriebe
Berlin N 24, Eisässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 1198
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen - Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel
Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Strumpfwaren u. Trikotagen
in Qualitätsware, große Auswahl zu bill. Preisen, kaufen Sie bei
Erich Schulz
Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 220
a. d. Weichselstraße
Vorzugler dieses Interns 5%, Rabatt.

Das Buch für Mütter und Töchter:
Kinderland 1925
Preis 1,25 Mark
zu haben in der Buchhandlung
F. W. Diez und in der
Bismarckstraße 2, Ferner in allen
Büchereien, Buchhandlungen
und Buchläden, die ebenfalls
Bestellungen gegen Entgelt.

Besonders werden sind die **KLEINEN ANZEIGEN**
in der **„Jugend“** und **„Licht“** sehr **billig!**

STOLZENBERG
FORTUNA
DIE DEUTSCHE SCHNEIDMASCHINE



FABRIK
STOLZENBERG G.M.B.H.
BÜROMASCHINENABTEILUNG
BERLIN SW 65

Aus altem Zeug ein neu Gewand?
Nimm die **Frauenwelt** zur Hand!

30 Pfennig das Heft, mit Schnittmuster 40 Pfennig

Zu beziehen durch die Ausgabestellen und Botenfrauen des Vorwärts.

Abreißkalender 1925
Der in Tierschutz bewegte
Kalender sollte in jeder Familie
und in jedem Büro sein!
Preis 2 Mark
zu haben in der Buchhandlung
F. W. Diez und in der
Bismarckstraße 2, Ferner in allen
Büchereien, Buchhandlungen
und Buchläden, die ebenfalls
Bestellungen gegen Entgelt.

Ischias
an'en und tragen die neue **Hörkapsel**
mit **Hörkapsel** (Genauere Post) von
der Ohnmittel durch vorherigen
Eingriff nach Anweisung, kein
fein sieht, Apparat, verlangen Sie
sehen gratis und gratis, **Ischias**
in allen Krankenhäusern, **Ischias**
Gewinnung unter Angabe blinder Tätigkeit.

Schwerhörige
an'en und tragen die neue **Hörkapsel**
mit **Hörkapsel** (Genauere Post) von
der Ohnmittel durch vorherigen
Eingriff nach Anweisung, kein
fein sieht, Apparat, verlangen Sie
sehen gratis und gratis, **Ischias**
in allen Krankenhäusern, **Ischias**
Gewinnung unter Angabe blinder Tätigkeit.

Hörkapsel-Gesellschaft
m. b. H.
Breslau X, Matthiasstraße 26.